

SPD demokratischer pressediens

P/XXXI/56

23. März 1976

Klare Positionen in der Bundesrepublik

Lagebeschreibung nach Kohle Kampfansage an die FDP

Seite 1 / 32 Zeilen

Gemeinsamkeiten mit der Opposition?

Klarstellungen für den außenpolitischen Bereich

Von Alfons Pawelczyk MdB

Mitglied der Bundestagsausschüsse für Auswärtiges und
für Verteidigung

Seite 2 / 26 Zeilen

Verantwortungslose Politik mit der Angst

CSU mißbraucht Bundesbahn als Vehikel für Propaganda-
märchen

Von Dr. Alfons Bayerl MdB

Vorsitzender der bayerischen Landesgruppe in der SPD-
Bundestagsfraktion

Seite 3 und 4 / 86 Zeilen

Probleme um den Religionsunterricht

Aktuelle Grundsetzfragen für Lehrer und Eltern

Von Karl Hellwig MdL

Vorsitzender des Arbeitskreises Kulturpolitik der SPD-
Landtagsfraktion Hessen

Seite 5 / 23 Zeilen

Zum Abschluß freigegeben

Von Wölfen, Verhaltensforschern und dem bayerischen
Innenminister

Seite 6 / 32 Zeilen

Chefredakteur: Dr. Erhard Eckert

5300 Bonn 12, Haussallee 2-1b
Postfach: 120 406
Presshaus 1, Zimmer 217-224
Telefon: 22 90 37 - 38
Telex: 09 65 848 - 48 ppbd d

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH
5300 Bonn - Bad Godesberg
Kölnener Straße 108-112, Telefon: 37 88 11

Klare Positionen in der Bundesrepublik

Lagebeschreibung nach Kohls Kampfansage an die FDP

Der CDU-Vorsitzende Dr. Helmut Kohl hat als gemeinsamer Kanzlerkandidat seiner Partei und der CSU wieder für Ordnung in der politischen und Sprachregelung der Bundesopposition gesorgt. Er hat die Fronten gegenüber den beiden Koalitionsparteien neu abgesteckt und für den CDU/CSU-Wahlkampf "feuerfrei" nicht nur, wie bisher gegen die Sozialdemokraten, sondern auch gegen die Freien Demokraten gegeben. Die immer länger gewordene Latte der über die ganze Skala von unverbindlich bis brutal reichenden Anbiederungs- und Pressionsversuche gegen die FDP ist abgebrochen worden. Die Unions-Parteien haben in Erkenntnis ihrer eigenen Grenzen und Möglichkeiten den Rundumkampf begonnen, um am 3. Oktober die absolute Mehrheit zu erzwingen, weil anders sie ihr Ziel, in Bonn wieder auf die Regierungsbänke zu klettern, nicht erreichen können und werden.

Außerhalb des engsten CDU-Führungskreises ist die überraschende Tatsachefeststellung des Parteivorsitzenden betreten zur Kenntnis genommen worden. Bis Montagmittag hatte man vor allem in der CDU-nahen Presse die Umwerbungsmaße gegenüber der FDP mit dem Einsatz aller politischen Fantasie zur Verfügung stehenden Möglichkeiten breitgewälzt, wobei man sich insbesondere an den angeblichen Chancen ergötzte, die Bonner Koalitionsparteien auseinanderzumanövrieren zu können. Man sah plötzlich fließende Grenzen, die den Einbruch der CDU/CSU in das von ihr selbst erfundene "Blockparteiensystem" erlauben sollten. Und das alles soll nun nicht mehr sein. Wie verblüfft man im CDU-Gefolge ist, daß läßt sich etwa in der CDU-Verteidigung für Dr. Kohl gegen den anderswo bisher überhaupt nicht erhobenen Vorwurf ablesen, er sei ein "Scharfmacher". Der CDU-Vorsitzende habe vielmehr, um Mißverständnissen vorzubeugen, "nur die Situation beschrieben". Wie sie ist.

Mit der Kohl-Beschreibung sind gewisse Probleme und Unsicherheiten vom Tisch gewischt worden. Man weiß jetzt auch in Koalitionskreisen dort Bescheid, wo man in der letzten Zeit möglicherweise den Tatsachenboden unter den Füßen verloren haben könnte, wobei der Blick keineswegs nur nach der einen Seite zu richten wäre. Die SPD, für die an der Bedeutung und dem Wert der sozial-liberalen Koalition für die Innen- und Außenpolitik der Bundesrepublik und für ihre Position in Europa und in der Welt nichts zu deuteln ist, behält die Aufgabe unentwegt im Visier, am 3. Oktober 1976 durch das Zustimmungsvotum der Wähler so stark wie nur möglich zu werden. Das ist ihr aktiver und offensiver Beitrag zur Fortsetzung der sozial-liberalen Koalition, deren weitgespanntes Arbeitspensum alles andere als aufgebraucht ist.

(a/23.3.1976/ve/e)

+ + +

Gemeinsamkeiten mit der Opposition?

Klarstellungen für den außenpolitischen Bereich

Von Alfons Pawelczyk MdB

Mitglied der Bundestagsausschüsse für Auswärtiges und für Verteidigung

Leider gibt es in den entscheidenden außenpolitischen Fragen weniger Gemeinsamkeiten der Koalitionsparteien mit CDU und CSU als man nach jüngsten Äußerungen des Bundesaußenministers Hans-Dietrich Genscher annehmen könnte. Dafür sollen nur zwei Beispiele genannt werden.

1/ Die Opposition lehnt das KSZE-Ergebnis ab. Diese Politik ist jedoch ein entscheidendes Element der sozial-liberalen Außenpolitik. Alle westeuropäischen Staaten, die USA und Kanada sind sich in der Konzeption dieser Politik einig. Die USA sind dadurch näher an Europa herangerückt. Die Neutralen stimmen mit uns überein. Alle Regierungen, auch die konservativen in Europa und USA, akzeptieren das Ergebnis. Keine parlamentarische Opposition in anderen Staaten lehnt die Ergebnisse ab. Es gibt nur zwei Ausnahmen: die albanische Regierung und die parlamentarische Opposition in der Bundesrepublik Deutschland, also die CDU/CSU.

2/ Die Opposition wendet sich gleichzeitig gegen den jüngsten Vorschlag, den die NATO in Wien bei der MBFR-Konferenz vorgelagt hat. Sie weiß, daß dem Vorschlag eine lange gründliche Diskussion vorausgegangen ist. Die Opposition setzt damit ihre Politik der Selbstisolierung fort. Ohne atlantische Solidarität gibt es keine Sicherheit für die Bundesrepublik Deutschland. Es muß daran erinnert werden, daß die CDU/CSU sich seit 1969 nicht konstruktiv verhält. Bei der Entscheidung über den Atomwaffensperrvertrag stimmte die eine Hälfte der Opposition für die Ratifizierung, die andere Hälfte dagegen. Genauso verhielt sie sich in der Frage des UNO-Beitritts. Bei den Ostverträgen fand sie nicht den Mut, mit Ja oder Nein zu stimmen, sondern enthielt sich der Stimme. Sie wich immer der politischen und moralischen Verantwortung aus. Das Schlußverhalten der CDU/CSU bei den Polen-Abkommen reicht als Gegenbeweis nicht aus.

(-/23.3.1976/va/e/pr)

+ + +

Verantwortungslose Politik mit der Angst

CSU mißbraucht Bundesbahn als Vehikel für Propagandamärchen

Von Dr. Alfons Bayerl MdB

Vorsitzender der bayerischen Landesgruppe in der SPD-Bundestagsfraktion

In der bisherigen Diskussion um das volkswirtschaftliche Streckennetz der Deutschen Bundesbahn zeigten die CSU und ihre Repräsentanten bis hin zu den Mitgliedern der bayerischen Staatsregierung wieder einmal ihr wahres Gesicht und was sie unter "Politik" verstehen: Die ehrenwerten Herren lassen keine Gelegenheit aus, um Tatsachen zu verzerren, die Bundesregierung und die SPD zu diffamieren und vor allem Angst in der Bevölkerung zu schüren. Der Gedanke an die bevorstehende Bundestagswahl ist offenbar zu verführerisch, um seriöse Politik zu betreiben.

Nach dem Motto: "Was uns nicht paßt, das darf nicht sein", weigern sich die CSU-Vertreter hartnäckig, geradezu verstockt, zur Kenntnis zu nehmen, daß der Ergebnisbericht des DB-Vorstandes zum betriebswirtschaftlich optimalen Netz nur eine Arbeitsunterlage für die Entscheidungsvorbereitung zur Ermittlung des gesamtwirtschaftlich notwendigen Schienennetzes ist. Wider besseres Wissen versucht die CSU unaufhörlich, den Ergebnisbericht als endgültige Größe zu "verkaufen". In diesem Sinne verfahren die CSU-Politiker in unerträglicher Weise sowohl der Presse gegenüber als auch auf Parteiveranstaltungen, zentral von München aus wie regional. Ausdrücklich wurde vom Bundesverkehrsministerium im Briefwechsel mit dem Bayerischen Staatsministerium für Wirtschaft und Verkehr auf den Vorbereitungscharakter des Ergebnisberichtes hingewiesen. Klar wurde auch zum Ausdruck gebracht, daß von drastischen Streckenstilllegungen keine Rede sein könne.

Anhand von Bewertungskriterien wird die interministerielle Staatssekretärs-Arbeitsgruppe "Verkehrs- und Regionalpolitik" Vorschläge für ein volkswirtschaftliches Streckennetz erarbeiten. Dazu wird ein Verfahren entwickelt, das es erlaubt, verkehrliche, wirtschaftliche, regionale und strukturelle Erfordernisse zu beurteilen, um damit sachgerechte Anhaltspunkte für die Beibehaltung oder die Stilllegung einer Strecke zu gewinnen. Der Bericht der Arbeitsgruppe wird u. a. auch Vorschläge über flankierende Maßnahmen für die Bereiche der Verkehrs-, Regional- und Strukturpolitik enthalten und außerdem die Fragen der Verlagerung des unwirtschaftlichen Bundesbahn-Personenverkehrs in der Fläche auf die Straße sowie der Organisation des künftigen Güter-Zu- und -ablaufverkehrs behandeln.

Sobald die Ergebnisse der Arbeitsgruppe auf Staatssekretärsbene vom Bundeskabinett und mit den Ländern beraten worden sind - und das wird bei der vorgesehenen Verfahrenskonzeption erst im Laufe 1977 möglich sein -, wird die gesamtwirtschaftliche Netzkonzeption allgemein zur Diskussion gestellt. Bis dahin ist niemand in der Lage, über einzelne Bundesbahnstrecken Auskunft zu geben. Wenn aufgrund der eingehenden Beratungen und der abschließenden Entscheidung des Bundeskabinetts der Eisenbahnbetrieb auf einzelnen Strecken eingestellt werden soll, wird das im Bundesbahngesetz vorgesehene förmliche Verfahren eingeleitet werden. Daher ist es abwegig und unverantwortlich, aufgrund der DB-Netzkonzeption schon jetzt Vermutungen über künftige Möglichkeiten anzustellen und damit die Öffentlichkeit zu beunruhigen.

Der CSU ist dieses Verfahren bekannt. Um so befremdlicher ist die dauernde politische Brunnenvergiftung ihrer Politiker. Ausgerechnet der für

Wirtschaft und Verkehr zuständige bayerische CSU-Minister Anton Jaumann, der vom Bundesverkehrsministerium ausdrücklich über das zeitliche und technische Verfahren umfassend informiert wurde, hält hier gewissermaßen eine Rädelauführerposition. Sein Staatssekretär Franz Sackmann ist dabei айфп-iger "Konkurrent".

Gerade am Verhalten Jaumanns wird es deutlich, daß die bayerische CSU-Regierung anstelle einer vernünftigen Politik im Interesse der Bürger und einer sachbezogenen Zusammenarbeit mit der Bundesregierung parteipolitisch motivierter Polemik den Vorzug gibt. Wider besseres Wissen behauptete Jaumann vor dem Wirtschaftsausschuß des bayerischen Senats, das endgültige Netz der Bundesbahn würde nur um 1000 km größer sein als das betriebswirtschaftlich optimale Netz nach dem DB-Vorstandsmodell und damit von gegenwärtig 29 000 km auf ungefähr 17 000 km schrumpfen.

Franz Sackmann, zusätzlich Grenzlandbeauftragter der CSU-Staatsregierung, diffamierte das Bundesverkehrsministerium im "Bayernkurier" mit dem Vorwurf, daß es durch seine Verkehrspolitik das Grenzland ruiniere, und er behauptete zudem dreist, der Bundesverkehrsminister habe der Presse eine Streckenkarte des sogenannten "betriebswirtschaftlich optimalen Netzes" zur Veröffentlichung freigegeben. Tatsache ist, daß von keiner Seite eine kartmäßige Übersicht des DB-Vorstandsmodells zur Veröffentlichung freigegeben worden ist, um nicht unnötige Beunruhigung in die Bevölkerung zu tragen. Diese Unruhe zu wecken und ständig zu beleben, das ist bisher eindeutiges "Verdienst" der CSU. Man ist geradezu versucht, an den Feuerwehrmann zu denken, der Brand stiftete, um dann als Löscher gefeiert zu werden.

Eine aktuelle Stunde im bayerischen Landtag über das DB-Vorstandsmodell, angeregt von der CSU-Landtagsfraktion, offenbarte überdeutlich die CSU-Strategie: Die Diskussion um eine Verkürzung des Schienennetzes soll für einen Propagandafeldzug gegen die Bundesregierung und für die Bundestagswahl mißbraucht werden. Stellvertretend für seine CSU-Kollegen plauderte ein Augsburgener CSU-Landtagsabgeordneter die Stoßrichtung aus: "Wer SPD wählt, wählt Streckenstilllegungen".

So war auch das Ergebnis einer sogenannten "Landesverkehrskonferenz" nicht verwunderlich, zu dem die bayerische CSU-Regierung Anfang März die Vertreter der Parteien, Organisationen und Kommunalpolitiker eingeladen hatte. Auch hier waren Versuche vorhanden, die Konferenz zu einer parteipolitischen Demonstration umzumünzen. Gegen Ende der Veranstaltung wollte Anton Jaumann den Konferenzteilnehmern ein aus dem Hut gezaubertes Thesenpapier als Absichtserklärung unterschleiben. Eine der Forderungen: Die CSU will volles Mitentscheidungsrecht. Wohl zum Nulltarif, was Finanzen und vor allem die notwendige seriöse und konstruktive Mitarbeit der CSU-Staatsregierung anbelangt? (-/23.3.1976/ve/e/pr)

+ + +

Probleme um den Religionsunterricht

Aktuelle Grundatzfragen für Lehrer und Eltern

Von Karl Hellwig MdL

Vorsitzender des Arbeitskreises Kultur-
politik der SPD-Landtagsfraktion Hessen

Immer mehr Schüler an allen Schulen machen von dem ihnen zugestandenem Recht Gebrauch, sich vom Religionsunterricht abzumelden. Diese Entwicklung wirft allerdings verschiedene schulorganisatorische Fragen auf. So werden insbesondere die Fragen nach der Beaufsichtigung und Beschäftigung der Schüler, die am Religionsunterricht nicht mehr teilnehmen, für Lehrkollegien und Elternvertretungen zunehmend problematisch. Daher erscheint es sinnvoll, diesen Jugendlichen einen Ersatzunterricht anzubieten, der weniger stark an den Aussagen einer einzigen Religion orientiert ist. Ein solcher Unterricht könnte beispielsweise die breite Palette der ausser-europäischen Religionen mit umfassen, die ja bei Jugendlichen auf zunehmendes Interesse stossen.

Daneben sollten aber Fragen, die sich mit der Interpretation menschlicher Werte beschäftigen, nicht ausser acht gelassen werden. Daß diese Fragen in der Schule bisher allein aus der Sicht der christlichen Religionen den Schülern vermittelt wurden, kann einen solchen Religionskunde- oder Ethik-Unterricht sicherlich für eine große Anzahl Schüler interessanter machen, wenn er gleiche Probleme auch aus anderen Blickwinkeln beleuchtet.

Daß die Einführung eines solchen Unterrichtsfaches Probleme aufwirft, steht ausser Frage, denn noch weiss man nicht, wie die Inhalte eines solchen Faches aussehen könnten. Doch trotz aller noch vorhandenen inhaltlichen Probleme sollte ein solches Fach geschaffen werden, um allen Schülern einen möglichst breiten Rahmen für alle Fragen des menschlichen Daseins anzubieten.

(-/23.3.1976/va/e/pr)

Zum Abschluß freigegeben

Von Wölfen, Verhaltensforschern und dem bayerischen Innenminister

Es wird nun vermutlich nicht mehr lange dauern, bis das bayerische Innenministerium den Erfolg verkünden kann: Forster des Freistaates wieder wolffrei!

Sieben Wochen lang hatten renommierte Wissenschaftler vom Fach, darunter ein Nobelpreisträger, internationale Naturschutzorganisationen und "Partenschaften" von Politikern die Auereißer aus dem Nationalpark Bayerischer Wald vor lupusfeindlichen Behörden und Nimroden zu schützen vermocht. Eine anfängliche Wolfspychose - die rasch von ursprünglich acht auf sechs reduzierten Tiere entwickelten wie der lebhaftige Gottseibeiuns die wunderbare Eigenschaft, zur gleichen Zeit an offenbar beliebig vielen Orten in Erscheinung zu treten - war später stellenweise in das Bedürfnis umgeschlagen, in den Fremdlingen eine Art persönlich anwesender einschlägiger TV-Liebliche zu sehen. So hätten sie nicht nur gerne in Dorfgassen Futter angenommen, sondern auch mit Kindern "gescherzt", wissen Chronisten zu berichten. Einer der exotischen Vierbeiner hat nun ein Kind gebissen, nicht gefährlich, wie ärztlicherseits festgestellt wurde; auch ließ sich der Wolf, was keinem abgerichteten Hund so leicht verziehen würde, ebenfalls von Kindern durch Schreie und ein paar Hiebe in die Flucht jagen. Aber nun ist sie wieder gegenwärtig, die "Bestie Wolf", dumpfe Furcht und Aggression auslösend.

"Der Schutz der Bevölkerung genießt Vorrang vor Experimenten der Tierverhaltensforschung", schallte es prompt aus dem Münchner Innenministerium. Die niederbayerische Administration wurde angewiesen, die Wölfe erschießen zu lassen. "Keine Experimente!" - mit dieser Devise schneidiger Aktion wurde die bayerische Welt wieder ins rechte Lot gebracht: Verhaltensforschung, was soll das schon; Wölfe sind gefährlich und schädlich und gehören erschossen oder hinter Gitter, das weiß jeder. Schluß mit der weichen Welle!

Ein elendes Schicksal scheint den letzten fünf freien bundesdeutschen Wölfen somit gewiß. Mancher Zeitgenosse mag dem unglücklichen Ausgang der wölfischen Eskapade immerhin einen gewissen Symbolwert zubilligen. Aber den fünf Heiden selbst wird das eben doch wenig nützen.

Claus Preller
(-/23.3.1976/va/e/pr)